



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Deutsche Flottenpolitik.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

daß der König von dem Zusammenstoß zu Casablanca einen deutsch-französischen Krieg erwartete oder ihn wünschte — wozu kein Anzeichen vorliegt —, ganz unwillkommen aber wäre ihm eine vollständige Ausöhnung der zwei arg verfeindeten Nationen gewesen¹⁾).

*

Deutsche Flottenpolitik

In den Jahren 1905 bis 1907 waren im englischen Schiffsbau die finanziellen Rücksichten ausschlaggebend; genötigt durch die ungünstiger gewordene Lage des Staatshaushaltes, weniger aus pazifistischen Erwägungen, schränkte Großbritannien den Bau von Panzerschiffen ein. Unterdessen rechte sich Deutschland wirtschaftlich so stattlich in die Höhe, daß es die Last der Rüstungen ohne sichtbare Beschwerden trug. Genau nach dem Flottengesetze von 1900 wurde jährlich die bestimmte Zahl von Schlachtschiffen auf Kiel gelegt, so daß im Jahre 1917 deren 34 gebaut sein sollten. Dazu kam 1906 eine wichtige Ergänzung, indem der Reichs-

Deutschlands in der bosnischen Frage besprechen sollte. Hardinge sagte (L. o. S. 729) zu Bendorff u. a.: „Ich kann Ihnen nur erklären, daß nach unserer Meinung im F. O., solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.“ Nachdem die Zusammenkunft stattgefunden, betonten Hardinge in London und Bülow in Berlin den Vertretern Rußlands gegenüber den zufriedenstellenden Verlauf des Berliner Aufenthaltes Eduards VII. Osten-Sacken, Rußlands Botschafter in Berlin, teilte nach Petersburg mit (Siebert, l. o. S. 727), Hardinge habe Bülow zum Marokkoabkommen beglückwünscht. Das englische Kabinett sei bereit, alle derartigen dem Frieden dienenden Bestrebungen zu unterstützen. Diesem Zweck habe auch der Besuch König Eduards in Berlin gegolten.

¹⁾ In Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe“ wird der historische Sachverhalt auf den Kopf gestellt (IV. Band, S. 64, 96). Deutschland, so behauptet er, sei begierig gewesen, für seinen zu Algéciras erlittenen Mißerfolg Rache zu nehmen. In seinem Groll hätte es die schlimmsten Absichten gehabt und sei nur durch England, besonders aber durch Österreich-Ungarn, von deren Ausführung abgehalten worden. Das Wiener Kabinett habe dem Berliner vorgehalten, es befände sich im Casablanca-Streit im Unrecht und Deutschland zum Nachgeben bestimmt. Das sind Phantasien Debidours. Das Wiener Kabinett wünschte zwar den Ausgleich in der Casablanca-Angelegenheit; da es aber in der bosnischen Frage auf die Hilfe Deutschlands angewiesen war, hatte es Dringenderes zu tun, als dessen Regierung durch Moralpredigten lästig zu fallen.

tag zustimmte, auch eine größere Zahl von Kreuzern auszurüsten. Dadurch wurde die im Gesetz von 1900 gelassene Lücke der Seerüstung ausgefüllt (Band I, Seite 244). Bei diesem Anlasse wurde manches weithin tönende Wort gesprochen, das in England Unwillen erregte und besser unterblieben wäre. Im Jahre 1908 folgte ein weiterer Schritt. Ein Gesetz wurde angenommen, wonach die Schlachtschiffe nicht wie bisher 25 Jahre im Dienste stehen sollten, sondern nur 20 Jahre, und dann durch neue zu ersetzen wären; für die Kreuzer war dies bereits früher festgestellt worden. Der angenommene Grundsatz stand auch in anderen Flotten in Kraft und wurde nach der Ausschußberatung von dem Reichstag ohne Debatte angenommen. Immer verstand es der Staatssekretär der Marine, Tirpitz, durch umfassende Werbearbeit in der Presse und in Vereinen die öffentliche Meinung für seine Pläne zu gewinnen. Eindrucksvoller noch als die Vermehrung der Schiffe war das organisatorische Talent, mit dem die junge Flotte, sowohl was den seemannischen Geist wie die rein technischen Leistungen betrifft, auf die Höhe der englischen gebracht wurde. Die Kieler Woche, in der Kaiser Wilhelm alljährlich Gäste aus ganz Europa nach dem Hauptkriegshafen des Reiches zur Flottenschau lud, erregte durch ihre glänzenden Schaustellungen den Neid der Gegner Deutschlands. Statt die Welt durch vornehme Zurückhaltung mit dem militärischen Aufschwunge der Nation zu versöhnen, gefiel sich der Kaiser selbstgefällig in verletzendem Prunken mit seiner Macht.

England hatte, wenn seine Seeherrschaft nicht in Frage kommen sollte, keine andere Wahl als gleiche Anspannung seiner Kräfte. Der Versuch, durch die Anregung einer die ganze Welt umspannenden Rüstungspause die ererbte Obermacht zur See ohne weitere Mühe zu behaupten, war gescheitert. In erster Linie, weil die deutsche Regierung auf den Vorschlag nicht eingehen wollte. Es war nur seltsam, daß England immer nur an die Deutschen herantrat, statt, wenn es mit dem Rüstungsstillstand Ernst machen wollte, auch mit den anderen Seemächten in Unterhandlungen zu treten. Es ist aber bereits erzählt worden (II, Seite 120 f.), daß die britischen Marinesachmänner untereinander selbst nicht einig waren, wie eine feste Formel anzusetzen sei. Somit durfte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Schoen, am 23. März 1909 im Reichstage sagen, es sei von England kein greifbarer Vorschlag zum Rüstungsstillstand gemacht worden und die englische Regierung konnte nicht widersprechen. Kraftgefühl und Hartnäckigkeit auf der einen, Eifer-

sucht und hinterhältige Vorwürfe auf der anderen Seite machten die Einigung unmöglich.

Wohlfeile Weisheit ist es, nachträglich Kaiser Wilhelm und Sirpiß vorzuhalten, sie hätten die Mühe nicht an den Bau einer Flotte verschwenden sollen, die doch nur dazu bestimmt war, auf den Meeresgrund versenkt zu werden. Wäre dies begründet, so hätte es auch den Nordamerikanern, den Franzosen, den Russen und den Italienern verwehrt gewesen sein müssen, in der Seerüstung fortzufahren; ihnen allen droht irgendeinmal, wenn die Eifersucht der Briten rege geworden ist, dasselbe Schicksal wie den Deutschen¹⁾. Das Wahre an der Sache ist, daß die zweite Handelsmacht der Welt auf die Dauer unmöglich hinter schwächeren Staaten zurückstehen konnte. Es gibt Notwendigkeiten, denen sich kein Volk verschließen kann, die sich vielmehr mit der Kraft der Selbstverständlichkeit durchsetzen. Deutschlands stetig anwachsende Volkszahl bedurfte von der See her gewaltige Zufuhren an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten, die es mit den Erzeugnissen seines Bodens und seines Gewerbesleißes bezahlte. Dieser Austausch von Waren machte eine Handelsflotte und zu deren Schutze Kriegsschiffe notwendig. Sonst konnte es von jedem Raubstaate verhöhnt und geschädigt werden. So urteilte seit Weltbeginn jeder Seestaat, und so wird es, wofern die Menschheit ihre Natur nicht völlig ändert, auch bleiben. Es widersprach dem Selbstgefühl der deutschen Nation, hinter Staaten zweiten Ranges zurückzustehen; sie wollte, da sie eine friedliche Politik verfolgte und darin ein gutes Gewissen hatte, sich von England nicht verbieten lassen, was ihr gutes Recht war. Wohl wurde dieser Werdegang durch die persönlichen Neigungen Kaiser Wilhelms über das richtige Maß beschleunigt; aber auch wenn er nicht eingegriffen hätte, würde zu guter Letzt unter jedem Monarchen, von jedem Parla- mente, der Entschluß zu Schiffsbauten gefaßt worden sein. Ein Flotten- gesetz, ähnlich dem vom Jahre 1900, hätte sich ein Jahrzehnt später doch als Notwendigkeit eingestellt. Da Nordamerika und die übrigen See- staaten Panzerschiffe bauten und damit immer fortfuhren, konnte und durfte Deutschland nicht völlig zurückstehen.

Eine andere Frage ist, wie gesagt, ob die deutsche Regierung nicht überhastet vorging, und wieder eine andere, ob ihre äußere Politik nicht dafür Sorge tragen mußte, daß Deutschland an seiner Ostgrenze entlastet

¹⁾ Dies bestätigt Bernard Shaw in seiner Schrift: „Winke zur Friedens- konferenz“, 1919.

werde, wenn es nun einmal den mächtigen maritimen Nebenbuhler reizte. Diese Erwägungen werden uns, wie früher bereits anlässlich der Haager Friedenskonferenz, auch weiterhin immer wieder beschäftigen, am lebhaftesten bei den Ereignissen von 1912, als über die Flottenstärken eine ernste Unterhandlung stattfand. Dann wird sich zeigen, daß in Berlin für das Erreichbare das Augenmaß fehlte.

Unerträglich aber ist die Predigt der Klugschwäzer, denen die Weisheit erst nach der Niederlage Deutschlands aufging. Die dem Flottenbau zustimmenden Parteien und Politiker innerhalb und außerhalb des Reichstages haben zu schweigen und dürfen sich nicht vermessend, der Regierung Wilhelms II. ihre größte organisatorische Tat als Torheit oder Verbrechen anzurechnen. Nicht bloß Konservative und Nationalliberale, auch bürgerliche Demokraten und Merikale haben von 1906 bis 1914 zu jeder Flottenvorlage ihre Einwilligung gegeben und stehen deshalb in gleicher Schuld. Kläglich ist die nachträgliche Ausrede dieses und jenes Politikers, man sei durch die Demagogie der Regierung, zumal durch die Teufeleien des Staatssekretärs Tirpitz, verführt worden; nur ein schlechter Mann wird sich auf diese Weise der Verantwortung entziehen. Wer damals die Augen offen hielt, vernahm Tag für Tag, mit welchem Ingrimm die Briten die Rüstungen Deutschlands verfolgten; und ebenso waren die aus der geographischen Lage Deutschlands erwachsenen Gefahren aller Welt sichtbar. Wagte es das deutsche Volk trotzdem, sich in die vorderste Reihe der Seemächte zu stellen, so haftete jedes Mitglied des Reichstages für sein in diesem Sinne gesprochenes Wort, für seine Stimme. Wirft man nachträglich mit Anklagen gegen Wilhelm und seine Ratgeber um sich, so trifft der Vorwurf ebenso alle bürgerlichen Parteiführer und ihren Anhang. Der Geschichtschreiber aber wird sich nicht herbeilassen, den schließlichen Ausgang des Krieges zum Maßstab für sein Urteil zu nehmen, er überläßt den Götzendienst des Erfolges der wankelmütigen Menge und ihren Lakaien.

Erst seit 1914 fand die Erzählung Glauben, Kaiser Wilhelm habe seit Jahren auf den Krieg und die Weltherrschaft hingearbeitet, und diese Darstellung der Feinde Deutschlands ist von deutschen Sozialdemokraten aus Haß gegen die monarchische Ordnung weiterverbreitet worden. In den Jahren vor dem Weltkriege war die Friedensliebe des Kaisers von keinem ernstesten Kritiker seiner Regierung bezweifelt worden; englische und amerikanische Schriftsteller haben sich in diesem Sinne besonders

nachdrücklich geäußert. In Deutschland selbst wurde er von den Alldeutschen bei vielen Anlässen, besonders wegen seiner Marokkopolitik, mit Vorwürfen über seine Nachgiebigkeit überhäuft. Er selbst benützte jede Gelegenheit, den Franzosen durch versöhnliche Botschaften und Handlungen die Absicht friedlicher Auseinandersetzung zu erkennen zu geben. Nur lag es in seiner nach außen gewendeten Art, daß er auch das Bedürfnis fühlte, sich auf den land- und seegewaltigen Herrscher aufzuspielen, überflüssigerweise, weil er es der Welt nicht erst verkünden mußte. Ebenso oft aber, und das war gleich aufrichtig gemeint, schrieb er Briefe und hielt Ansprachen, in denen er versicherte, ihm liege nichts ferner, als die Anrufung der Gewalt, also Landgewinn durch einen Eroberungskrieg. Er legte Wert darauf, gerade den Briten Zeichen seiner Schätzung ihres Nationalcharakters und ihrer Staatseinrichtungen zu geben. Er wählte, um sich von einem hartnäckigen Katarrh zu befreien, die milde Südküste Englands zum Aufenthalt und verweilte daselbst vom 10. November bis zum 12. Dezember 1907. Damals besuchte der Kaiser den englischen König auf Schloß Windsor und bei diesem Anlasse, so erfährt man durch Lord Haldane, kam es zu einer guten Aussprache zwischen den zwei Herrschern¹⁾. Gelegentlich seines längeren Aufenthaltes in England gab sich Wilhelm II. alle Mühe, das Mißtrauen des englischen Volkes zu zerstreuen und ihm eine richtige Vorstellung von seiner Denkweise beizubringen. Diese Versuche fielen aber teils mit, teils ohne seine Schuld, unglücklich aus. Im Februar 1908 richtete der Kaiser an den englischen Marineminister, Lord Tweedmouth,

¹⁾ Auch mit Grey und Haldane verhandelte der Kaiser, am eingehendsten über die Bagdadbahn. Die englische Regierung erklärte sich bereit, dem Bau keine Hindernisse in den Weg zu legen, verlangte aber, daß der Hafen an deren Endpunkte am Persischen Meerbusen den Briten zufallen solle. „Ich werde Ihnen diesen Hafen geben“, sagte der Kaiser zu Haldane. Als jedoch die zwei Kabinette zur Formulierung schritten, ergab sich ein Hindernis: Grey verlangte, daß zu den Verhandlungen auch Rußland und Frankreich zugezogen werde, während Bülow allein mit England abschließen wollte, da bei einer gemeinsamen Konferenz das Deutsche Reich allein gegen drei Mächte gestanden hätte. Dadurch stockte die Sache vorerst, bis einige Jahre später die Einigung auf der obigen Grundlage zustande kam. Vgl. den Bericht Haldanes in der „Westminster Gazette“, Oktober 1919, und die auf ihn zurückgehenden Mitteilungen bei Veggie, S. 119—121. In gleichem Sinne schildert Haldane in seinem Buche: „Before the war“, Seite 48 ff., seine Unterredungen mit Wilhelm II. Haldane stellt den Kaiser als den guten, Bülow als den bösen Geist bei diesen Erörterungen dar. Man sieht aber nicht ein, weshalb der deutsche Kanzler schuldiger gewesen sein soll als das englische Kabinett. Dieses hat zuletzt doch allein mit der deutschen Regierung abgeschlossen, um sich die Euphratmündung nicht entgehen zu lassen.

einen vertraulichen Brief, in welchem aus dem Vergleiche der beiderseitigen Schiffstärken der Schluß gezogen war, das seegewaltige England hätte von keinem Gegner etwas zu fürchten, ein Schreiben, auf das der englische Minister höflich antwortete. Durch Vertrauensmißbruch kamen die „Times“ zur Kenntniß des Briefwechsels und erhoben gegen den Kaiser den Vorwurf, er hätte sich in innere englische Angelegenheiten, besonders in die Aufstellung des Marinebudgets, gemischt; Tweedmouth aber wurde beschuldigt, sich mit einem fremden Herrscher in eine Erörterung seiner amtlichen Obliegenheiten eingelassen zu haben. Wohl wurde der Marineminister im Parlament von seinen Kollegen gegen diese Anklage in Schutz genommen; auch stellte der Premierminister fest, daß Tweedmouth den Brief des Kaisers vor dessen Beantwortung dem Staatssekretär des Äußeren gezeigt hatte; trotzdem mußte er die Leitung der Marine an MacKenna abgeben.

Noch schlimmer fiel eine andere Friedensbemühung Kaiser Wilhelms aus. Während seines Aufenthaltes in England führte er mit verschiedenen Personen Gespräche, in denen er die Befürchtungen des Inselvolkes zu zerstreuen suchte. Diese Äußerungen wurden mit seinem Wissen und Willen zusammengefaßt und am 28. Oktober 1908 im „Daily Telegraph“ der Öffentlichkeit übergeben. Die Kaiserunterredungen erregten in der ganzen Welt Staunen, in Deutschland aber tiefsten Unmut, denn Wilhelm II. hatte sich in der Wahl seiner Beweise gründlich vergriffen und durch einige von ihnen den Gegnern Deutschlands geradezu Waffen geliefert. Besonderen Nachdruck legte der Kaiser auf die Dienste, die er den Briten während des Burenkrieges und nach demselben geleistet hätte. Er erinnerte daran, daß er die Burengeneräle bei ihrer Rundreise durch Europa nicht habe empfangen wollen; auch erzählte er, daß er vorher, nach dem ersten Mißgeschick des britischen Heeres, einen Feldzugsplan zur Niederwerfung der Buren ausgearbeitet und der Königin Victoria gesendet habe. Man stutzte, zu hören, daß Wilhelm II. geistiger Mitstreiter in dem Kampfe gewesen sein sollte, obwohl er die südafrikanische Republik früher durch das vielberufene Telegramm an Krüger seines Schutzes versichert hatte. Das warf einen Schatten auf seinen Charakter; auch war es des deutschen Kaisers nicht würdig, sich dem britischen Generalstab zur Verfügung zu stellen; zum Überflusse ließ dieser öffentlich erklären, der Feldzugsplan Wilhelms habe nur allgemeine Andeutungen enthalten und sei deshalb nicht von Nutzen gewesen. Doch nicht genug daran: der Kaiser berief sich auch darauf, daß

er es abgelehnt hatte, gemeinsam mit Frankreich und Rußland sich der Buren anzunehmen; damit, so sagte er wörtlich, habe er verhindert, „England bis in den Staub zu demütigen“. Schon dieses Werben des Kaisers um die Gunst der Briten war unzweckmäßig, noch bedenklicher erschien folgende Behauptung: „Ich kann nur wiederholen, daß ich ein Freund Englands bin. Aber ich bin in meinem Lande mit diesem Gefühle in der Minderheit. In breiten Schichten Deutschlands, unten und im Mittelstande, ist die Stimmung euch unfreundlich. Mit allen Mitteln, mit aller Kraft arbeite ich an der Besserung unserer Beziehungen.“ Es war ein schwerer Mißgriff des Kaisers, daß er damit die Engländer in der Ansicht bestärkte, ihnen drohe Schlimmes von der Mehrheit des deutschen Volkes. Endlich und schließlich bot Wilhelm II. den Briten Freundschaft und Mithilfe an, wenn einmal „die Frage der Zukunft des Stillen Ozeans zu lösen sein werde“ — eine Äußerung, die in Japan beleidigen mußte und schon deshalb zweckwidrig war, weil Albion nicht die geringste Lust hegte, sich mit Nippon zu entzweien und die Hilfe der Deutschen in Anspruch zu nehmen.

Das war ein unangenehmer Zwischenfall, denn das Entgegenkommen des Kaisers wurde in England entweder spöttisch oder höhnisch aufgenommen. Indessen ging der Zwischenfall vorüber und hatte für die äußere Politik des Reiches keine weitere Folge. Dagegen wird noch zu erzählen sein, wie der deutsche Reichstag die Herzensergießungen des Kaisers aufnahm und wie es insolgedessen zum Bruche Wilhelms mit Bülow kam.

*

Verstärkung des britischen Landheeres

Die Erfahrung hatte gezeigt, daß keine der zwei von England bisher angewendeten Methoden, weder die Anregung zu zwischenstaatlichen Verträgen über die Stärke der Flotten, noch auch Bündnisse zur Einkreisung Mitteleuropas, ihren Zweck erreichten. Im Annerionsstreite schlug Deutschland, vereint mit Osterreich-Ungarn, den Dreiverband diplomatisch aus dem Felde und auch zur See wurde es immer mächtiger. Somit mußte sich Großbritannien zu etwas Drittem entschließen, zu erhöhten Ausgaben auf militärischem Gebiete.